C 10-041 Schleswig-Holstein ist sicher für alle

Antragsteller*in: Jörn Pohl (KV Kiel)

Text

Von Zeile 41 bis 44:
~~Wir sind gegen eine anlasslose Massenüberwachung; Quellen-TKÜ, Vorratsdatenspeicherung und Online-Durchsuchung lehnen wir genauso wie den Einsatz von Body-Cams in Wohnungen ab. Sicherheitsgesetze wollen wir evaluieren und befristen.~~

Wir sind auch weiterhin nentschieden gegen eine sich als sicherheitspolitisch kontraproduktiv erwiesene anlasslose Massenüberwachung aller Bürgerinnen und Bürger durch Vorratsdatenspeicherungen und setzen stattdessen auf die zielgerichtete Abwehr konkreter Gefahren durch die Polizei. Auch den bisherigen, mit den Vorgaben des Bundesverfassunsgerichts nicht in Einklang zu bringenden Einsatz der sogenannten "Quellen-TKÜ" und der "Online-Durchsunchung" lehnen wir ab. Statt mit Sicherheitslücken staatlicherseits zu handeln, wollen wir diese schnellstmpglich schließen. Hierfür setzen wir auf eine staatliche Meldepflicht. Den Einsatz von Body-Cams in Wohnungen lehen wir ebenfalls ab.

Begründung

Klarstellungen zur Vorratsdatenspeicherung, zur Quellen-TKÜ und zur Online-Durchsuchung, Einführung der Absage an staatlichen Handel mit Sicherheitslücken, u.a. durch staatliche Meldepflicht.

Unterstützer*innen

Tim Alexander Reclam (KV Lübeck); Luise Amtsberg (KV Kiel); Burkhard Peters (KV Herzogtum Lauenburg); Laura Catharina Mews (KV Rendsburg-Eckernförde); Bruno Hönel (KV Lübeck); Joschka Knuth (KV Rendsburg-Eckernförde); Janes Schröder (KV Kiel); Denise Loop (KV Dithmarschen); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg); Gerd Weichelt (KV Dithmarschen); Silke Schiller-Tobies (KV Kiel); Michael Böckenhauer (KV Ostholstein); Aminata Touré (KV Neumünster); Zoe Engel (KV Lübeck)